

Kurz berichtet

Atomkraftgegner fordern sofortige Abschaltung von Gundremmingen

WANGEN (jau) - Der bayerische Landtag wird sich demnächst mit einer Petition zur kompletten und sofortigen Abschaltung des Atomkraftwerks Gundremmingen beschäftigen müssen. Eine länderübergreifende Allianz aus der Umweltschutzorganisation BUND Baden-Württemberg, dem Bund Naturschutz Bayern sowie den Kernenergie-Gegnern der Vereinigung Forum will am 18. Juli in München eine Petition einreichen.

Anlass ist ein Gutachten, nachdem es in den zwei Reaktoren Sicherheitsmängel bei den Not- und

Nachkühlssystemen geben soll. Der Betreiber der Anlage, die Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH, betont jedoch immer wieder, die Sicherheit der Anlage. Gundremmingen liegt noch auf bayerischem Boden. Baden-württembergisches Gebiet ist aber nicht weit entfernt. Rund 50 Kilometer entfernt liegt Ulm. Deshalb habe man eine grenzüberschreitende Aktion gegen das Atomkraftwerk initiieren wollen, sagt Franz Pöter, Referent für Umweltschutz beim BUND. „Radioaktivität betrifft alle im Umfeld von Gundremmingen“, fügt er an. Pöter betont, dass gegenwärtig auch in beiden Bundesländern Unterschriften zur Abschaltung der zwei Siedewasser-Reaktoren gesammelt würden. Auch sie sollen dem Landtag überreicht werden. Die Petition solle so an Gewicht gewinnen.

Geplant ist in Gundremmingen, dass Block B Ende des Jahres, Block C 2021 vom Netz gehen soll.



Das Atomkraftwerk Gundremmingen. FOTO: DPA

Mann übergießt sich mit Benzin

BIBERACH (sz) - Ein 51-jähriger Mann aus der Schweiz hat sich am Mittwochmorgen in Biberach mit Benzin übergossen und gedroht, sich anzuzünden. Hintergrund war laut Polizei ein zivilrechtlicher Streit mit einem Biberacher Unternehmer, der den Mann in Rage gebracht hatte. Einer der alarmierten Polizisten riss dem Mann in einem günstigen Moment das Feuerzeug aus der Hand und überwältigte den 51-Jährigen. Ein Arzt wies ihn in eine psychiatrische Einrichtung ein. Die Polizei untersucht jetzt die Hintergründe des Vorfalls. Weil er auch andere Personen bedroht hatte, laufen jetzt strafrechtliche Ermittlungen gegen den Mann.

Freiburger Studenten klagen gegen Studiengebühren

FREIBURG (lsw) - Zehn Wochen nach dem Beschluss des Landtags zur Einführung von Studiengebühren für internationale Studenten planen Studentenvertreter in Freiburg juristischen Widerstand. Die Studierendenvertretung an der Universität Freiburg werde stellvertretend für einen betroffenen Studenten wegen der Gebühren Klage erheben, wie die Organisatoren am Mittwoch in Freiburg mitteilten. Eingereicht werde die Klage an diesem Freitag beim Verwaltungsgericht Freiburg. Die Gebühren für junge Nicht-EU-Ausländer in Höhe von 1500 Euro sollen landesweit vom kommenden Wintersemester an gelten.

Beratungsstelle befürchtet mehr Zwangsheiraten

STUTTGART (lsw) - Mehr als 180 junge Migrantinnen sind in Baden-Württemberg jährlich von einer Zwangsheirat bedroht. Wie eine Sprecherin der Beratungsstelle Yasemin am Mittwoch in Stuttgart mitteilte, wird diese Zahl in den kommenden Jahren weiter steigen. Dafür richtet die Beratungsstelle zusätzliche Präventionsangebote an Schulklassen ein, in denen überwiegend Migranten ohne Deutschkenntnisse sitzen. Die Einrichtung fordert zudem mehr finanzielle Unterstützung der Landesregierung, um zusätzliche Notunterkünfte für junge Mädchen einzurichten, die aus ihren Familien flüchten.

Reifen platzt: Lastwagen kippt auf B 30 um

LAUPHEIM (lsw) - Bei einem schweren Unfall eines mit Sand beladenen Lastwagens sind der 51-jährige Fahrer verletzt worden und 100 000 Euro Schaden entstanden. Auf der B 30 bei Laupheim (Kreis Biberach) war der vordere linke Lkw-Reifen geplatzt – der Laster kam von der Straße ab und kippte um, wie die Polizei am Mittwoch mitteilte. Der Sand landete im Graben. Weil auch Hydrauliköl auslief, musste nach Polizeiangaben etwas Erdreich abgebaggert werden. Der Fahrer wurde nach dem Unfall am Mittwoch in ein Krankenhaus gebracht.



Auf der Schwäbischen Alb hat die Wanderschäferei Tradition

Ein Ziegenbock thront bei Hayingen in einer Schafherde. Schon im 15. Jahrhundert kamen die Schäfer auf die Schwäbische Alb. Die Wanderschäferei hat entscheidend zum heutigen Bild der Schwäbischen Alb als Kulturlandschaft beigetragen. SZ/FOTO: DPA

Kritik am Kompromiss zur Polizeireform

Projektgruppe des Innenministeriums befasst sich mit den weiteren Vorschlägen

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Der Kompromiss zu den künftigen Standorten für Polizeipräsidien hat der grün-schwarzen Koalition am Mittwoch im Landtag viel Kritik von der Opposition eingebracht. Die Regierungsfractionen hatten sich am Dienstag auf 13 Präsidien geeinigt – ein neues soll nach Pforzheim kommen, von den bestehenden zwölf soll das in Tuttlingen geschlossen und ein neues in Ravensburg errichtet werden. Wie mit den weiteren Vorschlägen der Expertengruppe zur Evaluation der Polizeireform umgegangen werden soll, soll eine Projektgruppe klären, die nun vom Innenministerium geschaffen wird.



Hans-Ulrich Rülke (FDP). FOTO: DPA

„Es war höchste Zeit“, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke zur Entscheidung über die Polizeipräsidien. Schließlich habe das Gutachten der von Innenminister Thomas Strobl (CDU) eingesetzten Expertenkommission seit März vorgelegen. In der Debatte am Mittwoch im Landtag, die von der FDP beantragt worden war, rechnete Rülke mit Grün-Schwarz ab.

„Der Innenminister war im eigenen Haus Führungsschwach, die CDU-Fraktion war zerstritten und die Grünen auf Sparkurs“ – und das auf Kosten der inneren Sicherheit, so Rülke. „Da fällt eine Entscheidung nicht nach menschlicher Logik, auch nicht nach polizeifachlichen Überlegungen, sondern nach den Gesetzen eines orientalischen Basars.“

Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz betonte dagegen, beim 13er-Modell „treffen sich Polizeifachlichkeit und Haushaltsdisziplin“. Wichtig sei nun, weitere Ausbildungskapazitäten zu schaffen und mehr Polizisten auf die Straße zu bringen – unter anderem dadurch, dass schneller reine Verwaltungsposten durch andere Beamten besetzt werden und so die Polizisten entlastet werden. Infrage kommen dafür laut Schwarz Beamte, die es aufgrund der Notariatsreform nun auf dem Markt gebe.

Problem Unfallsaufnahme

Der AfD-Abgeordnete Lars Patrick Berg kritisierte, dass es nur eine Entscheidung zu den Präsidiumsstandorten gebe. „Es wird weitergewurstelt. Das ist eine Hängepartie“, so Berg. Ähnlich äußerte sich die SPD, unter deren Führung 2014 die Polizeireform in Kraft getreten war. Innenexperte Sascha Binder verwies auf viele Vorschläge der Expertenkommission, die noch ungeklärt seien. „Die Polizei

weiß nicht: Wie geht es mit der Verkehrsunfallsaufnahme weiter, wie geht es bei der Kriminalpolizei weiter?“ Gerade die Unfallsaufnahme auf dem Land sei für viele ein Ärgernis, weil die Anfahrtswege zum Teil sehr weit sind. Die Expertenkommission hatte empfohlen, schwere Verkehrsunfälle in Zukunft nur noch in großen Städten von einer zentralen Polizeieinheit aufnehmen zu lassen. In ländlichen Regionen sollen wieder die Polizeireviere und die Autobahnpolizei vor Ort zuständig sein.

Diese und alle weitere Fragen zu den anstehenden Änderungen soll eine Projektgruppe klären, die nun aufgesetzt werde, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums der „Schwäbischen Zeitung“. Wer in der Projektgruppe mitarbeiten werde, sei noch offen. Der grüne Innenexperte Hans-Ulrich Sckerl erklärte, dass es der Wunsch von Innenminister Strobl gewesen sei, zunächst eine Entscheidung über die Präsidien zu treffen und nicht alle Fragen gleichzeitig zu behandeln. Die Beratungen hierzu seien auf Herbst verschoben, erklärte Sckerl.

Offen bleibt zunächst auch, was aus dem Gebäude des Polizeipräsidiums Tuttlingen wird. Justizminister Guido Wolf (CDU), dessen Wahlkreis Tuttlingen ist, hatte für den Standort gekämpft. Das Innenministerium versprach ihm für den Standort einen fai-

ren Ausgleich. Da Grün-Schwarz anstrebt, die Ausbildungskapazitäten für Polizisten zu erhöhen und dafür wohl weitere Stätten nötig würden, ist in diesem Zusammenhang vielfach von Tuttlingen die Rede. Aus CDU-Kreisen ist allerdings auch zu hören, dass lediglich eine Nachfolgenutzung zugesagt wurde, die nicht zwingend mit der Polizei verknüpft ist, sondern beispielsweise auch dem Hochschulcampus zugeschlagen werden könnte. Bei den Ausbildungsstätten plädiert der Allgäuer CDU-Abgeordnete Raimund Haser für Sigmaringen, „wo nach Wegfall der Bundeswehr und Zuschlag der LEA deutliche Zeichen gesetzt werden müssen, dass das Land zu seiner Verantwortung gegenüber dem ländlichen Raum steht“.

Rülke scheitert mit Forderung

Da die CDU nach eigenen Aussagen das 14er-Modell bevorzugt hätte, hatte die FDP einen Antrag eingereicht, über den die Abgeordneten namentlich abstimmen sollten. „Geben Sie an dieser Stelle Gewissensfreiheit!“, rief Rülke CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhard zu und erinnerte daran, dass dessen Parteichefin Angela Merkel für die Entscheidung über die „Ehe für alle“ den Fraktionszwang aufgehoben hatte. „Nehmen Sie die innere Sicherheit ebenso ernst wie die ‚Ehe für alle!‘“ Doch mit dieser Forderung scheiterte Rülke.

Eltern beklagen verkapptes Schulgeld

Aus ihrer Sicht soll das Land die Kosten für die Schülerbeförderung tragen – Verwaltungsgericht entscheidet

Von Michael Hescheler

SIGMARINGEN - Viele Eltern in Baden-Württemberg sind der Meinung, dass das Land die Kosten für den Schülerverkehr komplett übernehmen müsse. Tausende Unterstützer haben sich der Initiative „Eltern für Elternrechte“ angeschlossen. Momentan zahlen die Eltern im Südwesten den Löwenanteil der Kosten für die Fahrkarten – jährlich rund 220 Millionen Euro.

„Dabei handelt es sich um ein verkapptes Schulgeld“, sagt Stephan Ertle, der Sprecher der Initiative. Über ein Rechtsgutachten konnte die Initiative eigenen Angaben zufolge nachweisen, dass die gängige Praxis in Baden-Württemberg rechtlich auf wackeligen Beinen steht. Um das Land dazu zu zwingen, dies zu ändern, reichte eine Familie aus Tübingen Klage vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen ein. Nächste Woche soll das Gericht entscheiden.

Für die momentan zwei schulpflichtigen Kinder der Familie Keck werden jährlich allein für die Busfahrkarten etwa 1000 Euro fällig. Da das Verwaltungsgericht keine Gewährung übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.



Das Land Baden-Württemberg soll die Beförderung von Schulkindern übernehmen – das fordern nun einige Eltern. FOTO: DPA

Tübingen als Träger der Schülerbeförderung: „Ausgerechnet das gut situierte Baden-Württemberg sieht sich nicht in der Lage, die Kosten für die Schülerbeförderung komplett zu übernehmen – das ist der Skandal.“

Die Vertreter des Landeselternbeirats verweisen auf die Nachbarländer Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz, die die Kosten für den Schülerverkehr tragen. Insgesamt geht es nach Angaben des Landeselternbeirats um einen Betrag von 220 Millionen Euro, die die Eltern jährlich für die Schülerbeförderung ausgeben. „Wir gehen davon aus, dass diese Summe in Zukunft vom Land getragen werden muss“, gibt sich Stephan Ertle aus Leutkirch sie-

gessicher. Als Mitglied im Landeselternbeirat hat er die Diskussion schon vor Jahren angestoßen.

In einem Rechtsgutachten, das die Initiative um Ertle in Auftrag gegeben hat, kommt eine Stuttgarter Kanzlei zu der Auffassung, dass die derzeitige Praxis negative Auswirkungen auf die Wahl von Ort und Art der Schule habe. „Diese Chancenungleichheit muss weg“, sagt Ertle. Damit ist gemeint: Finanzschwache Familien müssten sich derzeit für eine nahe gelegene Schule entscheiden, weil sie sich einen weiteren Schulweg nicht leisten könnten. Der gesetzlich definierte unentgeltliche Zugang zur Bildung dehne sich auch auf die Schülerbeförderung aus, so eine weitere

Landratsamt blockt ab

Die Initiative ist der Auffassung, dass das Land tatsächlich mit 250 Millionen Euro jährlich für Schülerbeförderung hinkommen würde. Seit 2011 beschäftigen sich die Landeselternbeiräte damit. Sie baten das Ravensburger Landratsamt darum, die Zahlen des Schülerverkehrs offenzulegen, die Anfrage wurde aber immer wieder abgeblockt. „Wir wollten anfangs gar nicht klagen, sind aber mit unseren Verhandlungen immer wieder gescheitert“, sagt Brigitte Reuther aus Bad Wurzach.

Die Initiative geht davon aus, dass sie zwischenzeitlich von 20 000 Eltern unterstützt wird. Viele von ihnen haben die Monatskarten unter Vorbehalt bezahlt. So können sie gegenüber dem Land eine mögliche Rückforderung geltend machen.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Linsgau, Markt, Metklich, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettling, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser,
Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagner;
Journal/Kultur: Barbara Miller, Sport: Filippo Cataldo;
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch;
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lemartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer
Chef vom Dienst: Bernd Schebitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalfunktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de